

Publikationen

Hochmuth, Uwe; Mangold, Michael (2018): Demokratie durch Digitalisierung stärken, in: Kommunal 10/2018, S. 50-51

Die im Zusammenhang mit open government data vorherrschende – und vom Gesetzgeber geteilte – Vorstellung einer unmittelbaren Stärkung der Demokratie und Ausweitung der Partizipation durch eine bloße Bereitstellung von Daten der öffentlichen Verwaltung greift erheblich zu kurz. Vielmehr sind gleichermaßen umfangreiche, wie vielfältige kommunikative Vermittlungen erforderlich, damit die Willensbildung in der Öffentlichkeit durch open data tatsächlich verbessert wird. Eine dominant technische Sichtweise versperrt gegenwärtig den Blick auf diese gesellschaftspolitische Dimension.

Hochmuth, Uwe; Mangold, Michael (2018): „Open Government Data“ heißt, eine Lösung zu haben und neue Herausforderungen zu finden. in: DEMO, Das sozialdemokratische Magazin für Kommunalpolitik, 11/12-2018, S. 28

Die Perspektive der Politik und der Zivilgesellschaft auf open government data richtet sich auf die technische Bereitstellung von Daten der öffentlichen Verwaltung. Während in den vergangenen Jahren umfangreiche rechtliche Regelungen zur Öffnung der Verwaltung erlassen wurden, zeichnet sich in der empirisch untersuchten Umsetzung in Kommunalverwaltungen ein anderes Bild ab: Die intendierten Effekte wurden bislang weit überschätzt und zugleich die tatsächlich angestoßenen Veränderungen in den Verwaltungen erheblich unterschätzt.

Hochmuth, Uwe; Mangold, Michael (2018): Open Government auf dem Prüfstand, in: Kommunal 05/2018, S. 34-35

Die empirische Untersuchung zum Umsetzungsstand von open data in bundesdeutschen Großstadtverwaltungen zeigt ein ernüchterndes Bild: Trotz erheblichen Aufwands von Seiten der Gesetzgeber – seit Ende der 1990er Jahre – konnten die intendierten Ziele (noch) nicht erreicht werden. Es trat bislang weder eine Steigerung der Effizienz, noch die Gründung von Unternehmen und auch nicht eine breitere Nachfrage der Daten durch die Zivilgesellschaft ein. Indessen wurden jedoch nichtintendierte Veränderungsprozesse innerhalb der Verwaltung in Gang gesetzt.

Hochmuth, Uwe; Mangold, Michael (2019): Im Schatten der Digitalen Transformation: Administrative und kommunikative Macht. (in Vorbereitung, Leviathan).

Bildet sich in der zivilgesellschaftlich organisierten Öffentlichkeit mit und über die Scharnierstelle politischer Parteien ein politischer Wille, und führt er über Regierungshandeln zu Gesetzen, so entsteht aus kommunikativer Macht eine demokratisch legitimierte administrative Macht. Sie kann nur sehr restriktiv Kooperationsmöglichkeiten mit der Zivilgesellschaft eingehen. Durch die Digitalisierung des öffentlichen Sektors zeichnen sich hingegen Brüche dieses Legitimitätsstiftenden Machtkreislaufs ab.

Hochmuth, Uwe; Mangold, Michael (2019): Open Government auf dem Weg zu einer politischen Neuordnung (in Vorbereitung, DMS, Der Moderne Staat)

Die seit Ende der 1990er Jahre wird von der Europäischen Kommission die Öffnung der Verwaltung insbesondere zugunsten einer wirtschaftlichen Nutzung der von ihr generierten Daten betrieben. Eine umfangreiche Akten- und Dokumentenanalyse verweist darauf, dass mit OGD direkt oder mittelbar weitreichende Veränderungsprozesse im öffentlichen Sektor intendiert werden, die über ihre bloße Öffnung hinausgehen. Werden die Veränderungen realisiert, sind mit ihnen eine Neuausrichtung des öffentlichen Sektors und ihrer Beziehungen zur Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik verknüpft.

Hochmuth, Uwe; Mangold, Michael (2019): Open Data und Qualifizierungsbedarf, Zeitschrift „Weiterbildung“, Heft 6/2019 (angenommen)

Die empirische Untersuchung zeigt gegenwärtig in den bundesdeutschen Großstadtverwaltungen keinen relevanten Qualifizierungsbedarf durch die Umsetzung von open data. Unter Einbezug des politisch und zivilgesellschaftlich geforderten zukünftigen Verwaltungshandelns können die daraus resultierenden Folgen jedoch nur mit einer erheblichen Ausweitung der Qualifizierung und u.U. des Personals, bewältigt werden.

Hochmuth, Uwe; Mangold, Michael (2019): Die digitale Transformation der Verwaltung und ihre Bedeutung für die Erwachsenenbildung (Arbeitstitel), Zeitschrift weiter.bilden, Heft 4/2019, (in Vorbereitung)

Die vom Gesetzgeber und der Zivilgesellschaft eingeforderte Öffnung der Verwaltung betrifft neben den Verwaltungen selbst auch die Beziehungen zur Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Politik und verändert sie weitreichend. Die in Gang gesetzte digitale Transformation erfordert von den Beschäftigten im öffentlichen Sektor selbst, aber auch von den Akteuren außerhalb der Verwaltung eine Qualifizierung im technischen, inhaltlichen und kommunikativen Umgang mit den bereitgestellten Daten.

Hochmuth, Uwe; Mangold, Michael (2019): Administrative und kommunikative Macht - Drohender Bruch im Zuge der Digitalisierung im öffentlichen Sektor. Arbeitskreis Digitalisierung und Organisation in der Sektion Organisationssoziologie der DGS 21.02. – 22.02.2019, Berlin: http://www.organisations-soziologie.de/ag/wp-content/uploads/2019/05/Programm_2ter-Workshop_update3.pdf (unveröffentlichtes Manuskript)

Die im Zuge eines Demokratisierungsprozesses seit dem 19. Jahrhundert entstandenen Beziehungen zwischen einer zivilgesellschaftlich organisierten Öffentlichkeit und einer an die Umsetzung von politischen Entscheidungen gebundenen Verwaltung, befinden sich in einem Veränderungsprozess. Der Machtkreislauf zwischen administrativer und kommunikativer Macht droht durch die Digitalisierung Brüche zu erfahren.